# Planen und Bauen in Wien 1967/68



HÜTTENWOLLE HOCHOFENGRANULAT HÜTTENBIMS



OESTERREICHISCH-ALPINE MONTANGESELLSCHAFT FÜR DEN NEUZEITLICHEN LEICHTBAU

## BAUSTOFFE RIPPENTORSTAHL® BAUGERÄTE

VERKAUF: WIEN I, FRIEDRICHSTRASSE 4

TELEGRAMMADRESSE: COMALP WIEN FERNSCHREIBER 1828 TELEFON: 577676

KIPPHUNTE ROHRGERÜSTE GUMMIBANDFÖRDERER RADSÄTZE FÜR SCHMALSPUR BAUWEICHEN

## Das Budget

Von den im Budeget 1968 veranschlagten Gesamtausgaben der Stadt Wien in der Höhe von rund 11,7 Milliarden Schilling wurden etwas mehr als 4 Milliarden Schilling für bauliche Investitionen präliminiert. Das sind 35,8 Prozent gegenüber 33,7 Prozent im Voranschlag des Jahres 1967. Mit dieser Investitionssteigerung hat die Stadt Wien zweifellos zur Erhaltung der Vollbeschäftigung im Bau- und Baunebengewerbe beigetragen. Die Summe der Ausgaben setzt sich aus folgenden Ansätzen zusammen:

Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968	610,306.000	S
Sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Wohnbauförderung	191,740.000	S
Zinsenfreie Instandhaltungsdarlehen	210,000.000	S
Wohnhausbau und sonstige einmalige Bauvorhaben 2	586,327.000	S
Laufende Erhaltung und Instandsetzung	425,699.200	S

Der folgende Bericht über die Planungs- und Bautätigkeit der Stadt Wien erstreckt sich, so wie schon im vorjährigen Handbuch, nicht auf ein volles Kalenderjahr, sondern schließt an die vorjährige Bauchronik an und umfaßt das zweite Halbjahr 1967 sowie das erste Halbjahr 1968.

## Stadtplanung

Zu einer wichtigen Erkenntnis für die Planungsarbeit der Wiener Stadtverwaltung haben die Ergebnisse der letzten Personenstandsaufnahme, die im Mai 1968 in der 25. Sitzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission diskutiert wurden, geführt: Die Einwohnerzahl Wiens ist seit der letzten Volkszählung weiterhin leicht angestiegen, so daß die Bevölkerungsentwicklung durchaus positiv zu beurteilen ist.

Eine im Jahr 1951 ausgearbeitete Studie hatte gezeigt, daß die Bevölkerung Wiens bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 0,9 Millionen sinken müßte, wenn im Jahre 1951 die Zuwanderung aufgehört hätte. Eine gleiche Studie, die auf Grund der Volkszählung 1961 erstellt wurde, hat ergeben, daß bei plötzlichem Aufhören der Zuwanderung die Bevölkerung Wiens auf rund 1,3 Millionen sinken müßte. In diesen beiden Zahlen drückt sich aus, wie sehr sich die Bevölkerungsstruktur Wiens innerhalb von 10 Jahren verbessert hat. Im Gegensatz zu diesen rein theoretischen Untersuchungen setzt sich die Zuwanderung aber fort, so daß nach den Ergebnissen der letzten Personenstandaufnahme mit einem Anwachsen der Bevölkerungszahl auf 1,8 bis 2 Millionen gerechnet werden kann.

Die Bevölkerungszunahme und die steigenden Raumansprüche der Bevölkerung und der Wirtschaft führen zu einem Wandel in der Planungstätigkeit der Stadt Wien. Während in den beiden ersten Jahrzehnten nach Kriegsende die Raumansprüche im Rahmen der vorgezeichneten Struktur der Stadt im wesentlichen noch erfüllt werden konnten, tritt in den letzten Jahren mehr und mehr die Notwendigkeit von umfangreicheren Maßnahmen zur Stadterweiterung hervor. In der Planungsarbeit der Stadt Wien nimmt daher die Vorbereitung der Erschließung und Bebauung neuer Stadtteile immer größeren Raum ein. Zugleich muß aber für die alten Teile Wiens die Erneuerung vorbereitet werden, wenn auch erst in einigen Jahren mit größeren Veränderungen in diesen Gebieten, insbesondere in jenen, die aus der Gründerzeit stammen, begonnen werden kann.

Voraussetzung für die Planung ist die laufende Bearbeitung der Planungsgrundlagen. So wurde bereits 1967 mit den Vorarbeiten für die kommende Volks-, Häuser- und Wohnungszählung im Jahre 1971 begonnen.

In Zusammenhang mit den Arbeiten über den öffentlichen Verkehr wurden die Untersuchungen für eine Prognose des Verkehrsverhaltens der Arbeitspendler in vier möglichen Stadtmodellen fortgesetzt und Ende 1967 abgeschlossen. Diese Unterlagen ermöglichten der Abteilung für Stadtplanung, die Belastungsuntersuchungen der Netze des öffentlichen und individuellen Verkehrs mit aktualisierten Werten einzuleiten. Es wurden die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Verkehr, insbesondere das Ausmaß der Motorisierung, die Versorgung Wiens mit Taxis und die Verkehrsströme in Geschäftsstraßen untersucht, ebenso die wirtschaftlichen Belange im Hinblick auf den Berufspendel- und Güterverkehr.

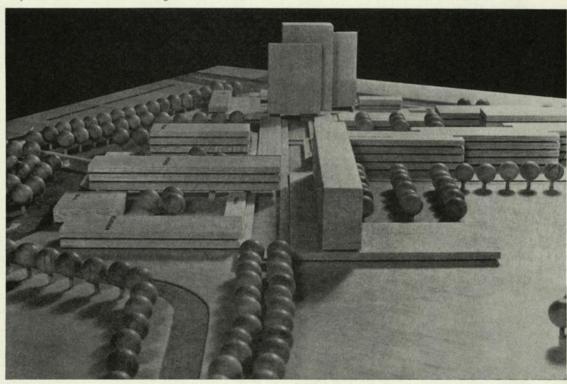
Die im Jahre 1966 begonnenen Programme zur Ausarbeitung der Bebauungspläne in den Entwicklungsgebieten der Stadt wurden fortgesetzt. Über die zukünftige Verwendung des Wienerber-

ger Geländes wurde eine städtebauliche Studie mit Varianten ausgearbeitet und ein Vorschlag für die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes erstellt, der Ende März 1968 vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde. Von der 2,6 Millionen Quadratmeter großen Fläche sind 850.000 Quadratmeter als Wald- und Wiesengürtel gewidmet, 330.000 Quadratmeter sind für öffentliche Straßen und Plätze. 950.000 Quadratmeter als Bauland für die Wienerberger und 316.000 Quadratmeter als Bauland für die Stadt Wien bestimmt sind. Außerdem hat die Stadt Wien zugesichert, bis zum Jahre 1990 das gesamte Gebiet aufzuschließen. Das inzwischen ausgearbeitete Gesamtkonzept für das Wienerberggelände sieht eine Widmung als gemischtes Baugebiet/Geschäftsviertel vor. Vorerst soll in einem Teilbereich ein Geschäfts- und Verwaltungszentrum entstehen.

Für das Kerngebiet des 22. Bezirkes mit dem neuen Bezirkszentrum Kagran konnten auf Grund eingehender Untersuchungen der Entwicklungsmöglichkeiten, der Verkehrserfordernisse und der Anforderungen der Wirtschaft die Voraussetzungen für die Bebauung geschaffen werden. Im Herbst 1967 hat der Stadtsenat die notwendigen Änderungen am Flächenwidmungs- und Bebau-

ungsplan vorgenommen. Das neue Bezirkszentrum Kagran wird auf einem Areal schräg gegenüber der Straßenbahnremise Kagran gebaut werden. Die Fläche ist derzeit durch die Wagramer Straße, die Wintzingerodestraße, die Maurichgasse, die Lenkgasse, den neugeplanten "Fußgängerweg 2", die Bernoullistraße und die ebenfalls neuprojektierte Schnellstraße von der Wagramer Straße zur künftigen vierten Donaubrücke begrenzt; sie schließt im Osten direkt an die Montagebausiedlung am Kagraner Anger an und kann zu einem späteren Zeitpunkt zur Erzherzog-Karl-Straße erweitert werden. Das Bezirkszentrum soll alle für die Einwohner des Bezirks notwendigen Einrichtungen zusammenfassen. Flächen für folgende Objekte sind vorgesehen: Magistratisches Bezirksamt für den 22. Bezirk, Polizeikommissariat, Finanzamt, Bezirksgericht, Postamt, Telefonzentrale, Bezirksstelle der Gebietskrankenkasse, daneben noch ein Volksheim, Kaffeerestaurant, Ladenstraßen und Selbstbedienungsläden. Außerdem sind Flächen für höhere Schulen, städtische Schulen und Kindergärten ausgewiesen. Der größte Teil des Bezirkszentrums wird den Fußgängern vorbehalten sein; um den Besuch des Zentrums bei Schlechtwetter zu erleichtern, wird der Hauptweg eine Gehsteigüber-

Projektiertes Bezirkszentrum Kagran



dachung erhalten. Für die Autofahrer werden Einstellplätze für insgesamt 800 Personenkraftwagen angelegt werden. Soweit nicht schon Grünflächen bzw. Baumgruppen vorhanden sind, werden zwischen den Objekten des künftigen Bezirkszentrums und in den Innenhöfen Bäume gepflanzt und Parks angelegt werden. Im engeren Bereich des projektierten Kagraner Bezirkszentrums wird auch der künftige Amtssitz für Internationale Organisationen am Donaupark liegen.

Ein städtebauliches Zentrum soll Hirschstetten erhalten, und zwar im Gebiet zwischen Ouadenstraße, Murraygasse, Ostbahntrasse und der zukünftigen Nordostautobahn. Das neue Zentrum wird verkehrsmäßig sehr günstig liegen, da in diesem Bereich eine Anschlußstelle der Nordostautobahn geplant ist. Eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für das Gebiet, die auf die Errichtung des Zentrums Hirschstetten und auf die projektierten Verkehrsbauten Rücksicht nimmt, wurde vom Gemeinderat bereits beschlossen. Es soll eine Wohnhausanlage in geschlossener Bauweise errichtet werden, was einen maximalen Schutz vor dem Lärm der in der Nähe vorbeiführenden Nordostautobahn bzw. des Autobahnzubringers gewährleistet. Die Höhe der Gebäude soll einheitlich gestaltet sein. Da an dieser Stelle eine dichte Wohnbebauung erwünscht ist, werden auch die noch vorhandenen Freiflächen zwischen Schrebergasse und Ostbahnstraße mit dreigeschossigen Wohnhäusern bebaut werden. Weiters soll ein Geschäftsviertel errichtet werden, das die Versorgung des neuen Wohngebietes übernehmen wird.

In vermehrtem Umfang wurden die vorhandenen Bebauungspläne von großen Wohnhausanlagen weiterbearbeitet. So konnten erhebliche Verbesserungen für den Ausbau der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk und der Per Albin Hansson-Siedlung Ost im 10. Bezirk, die beide bereits in Bau sind, erzielt werden. Neben den Bebauungsplänen für Neubaugebiete wurde noch eine Anzahl solcher für das dicht bebaute Gebiet begonnen bzw. fertiggestellt. Dabei muß vor allem auf die Bearbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für die Bezirke 2, 10, 12, 15 und 20 hingewiesen werden. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden Ende 1968 bzw. Anfang 1969 vorliegen.

Auf die Planungsarbeiten in Zusammenhang mit dem Bau einer U-Bahn wird im Kapitel "Verkehr" eingegangen.

## Wohnungsbau

Die im Voranschlag 1967 vorgesehenen Budgetmittel für den Wohnhausbau wurden bereits in der vorjährigen Bauchronik erläutert, sie betrugen 1,060 Millionen Schilling. Der Rechnungsabschluß 1967 wies Gesamtausgaben für den Wohnungsbau von mehr als 1,073 Millionen Schilling aus.

Im Voranschlag für 1968 wurden 1078,7 Millionen Schilling für den Bau von rund 5000 Wohnungen bereitgestellt. Weiters wurden 610,306.000 Schilling für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1964 für den Bau von insgesamt 5200 Wohnungen veranschlagt.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 20. Dezember 1967 wurde der neue Wiener Wohnbaufonds errichtet, in dessen Rahmen nun der soziale Wohnhausbau der Stadt Wien weitergeführt wird. Neben den Bestimmungen über den Zweck des Fonds, die Aufbringung der Fondsmittel, die Art der Förderung und anderen wurde auch eine Bestimmung über die "normale Ausstattung" in das Vertragswerk aufgenommen. Damit wurden die Mindesterfordernisse für die normale Ausstattung einer bezugsfertigen Wohnung, die auch bisher schon erfüllt wurden, durch einen Gemeinderatsbeschluß untermauert.

Es würde den Rahmen dieser Bauchronik weit überschreiten, wollte man über alle Wohnhausbauten der Stadt Wien berichten, die in der Zeit von Juli 1967 bis Juni 1968 errichtet wurden. Im folgenden wird daher nur ein Überblick über die bedeutendsten Wohnbauprojekte gegeben.

Eine der größten Anlagen, die derzeit entsteht - in der vorjährigen Bauchronik wurde sie bereits kurz erwähnt - ist die Per Albin Hansson-Siedlung Ost. Sie wird am Südrand von Wien auf einer Grundstücksfläche von rund 750.000 Quadratmeter errichtet, die im Norden von der Seeliger-Siedlung und dem Kleingartenverein "Frohsinn", im Süden von der Donauländebahn, im Osten von der Laaerbergstraße und im Westen von der Favoritenstraße begrenzt ist. Im Endausbau wird die Anlage etwa 5000 Wohnungen umfassen; weiters sind vorgesehen ein Großeinkaufszentrum mit allen erforderlichen Einrichtungen, drei kleine Einkaufszentren, drei Schulen, drei Kindergärten, eine Sportanlage, Jugendspielplätze und öffentliche Parkanlagen. An der Favoritenstraße sollen Betriebsstätten für das Kleingewerbe geschaffen werden. Weiters ist der Bau eines Pensionistenheimes projektiert und zur Wärmeversorgung des gesamten Gebietes soll ein Fernheizwerk errichtet werden.

Seit Dezember 1966 befindet sich der erste Teil der Siedlung in Bau. Er umfaßt 1134 Wohnungen in 82 Stiegenhäusern. Die vier- und neungeschossigen Baublöcke werden von der Montagebau Wien Ges. m. b. H. Werk Inzersdorf in der Großtafelbauweise nach dem System "Camus" ausgeführt. Der erste Bauteil soll bis Herbst 1969 fertiggestellt werden. Jede Wohnung hat ein über die Trakttiefe durchgehendes Wohnzimmer mit einer Loggia und eine je nach der Wohnungstype variierende Zahl von Schlafzimmern sowie einen Vorraum, eine Küche (mit Gasherd und Nirosta-Abwäsche), ein verfliestes Badezimmer mit Einbauwanne und ein WC. Für die Wohnzimmer sind Eichentafelböden und für die Schlafräume Buchentafelböden vorgesehen. Alle anderen Räume werden mit Plastik belegt.

Wegen der geringen Tragfähigkeit des Baugrundes in den oberen Schichten müssen die neungeschossigen Häuser auf ca. 12 Meter langen Bohrpfählen gegründet werden, während für die viergeschossigen Blöcke Streifenfundamente genügen.

Die Dachkonstruktion ist wie bei den meisten Bauten der Montagebau Wien nach innen geneigt und entwässert; die Dachdeckung erfolgt mit Blech.

Während am 1. Bauteil der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost noch gearbeitet wird, wurde 1968 auch schon mit dem 2. Bauteil begonnen, der im Norden anschließt und 864 Wohnungen umfaßt. Zwölf viergeschossige Wohnblöcke mit 36 Stiegenhäusern werden von der Arge Fertigbau Rella-Union in Großtafelbauweise nach dem System "Fiorio" errichtet. Von den übrigen vier Blöcken mit insgesamt 16 neungeschossigen Stiegenhäusern werden zwei von der Firma Negrelli in Hüttenbimsschüttbeton und die zwei anderen von der Firma Porr AG. in der Großtafelbauweise System "Rostan" errichtet. Die Fundierung und die Ausstattung ist die gleiche wie beim 1. Bauteil. Die Fertigstellung ist für 1969 geplant; die gesamte Siedlung wird voraussichtlich 1975 fertiggestellt werden.

Im Sommer 1968 wurden die Bauarbeiten am letzten Teil der Wohnhausanlage Weißenböckstraße in Simmering abgeschlossen. Die Wohnblöcke sind mit Ausnahme einzelner quergestellter Riegel, die Bewegung in den architektonischen Aufbau bringen, parallel zur Simmeringer Hauptstraße angeordnet. Für die vertikale Gliederung der sonst viergeschossigen Anlage sorgen die beiden sechs- und achtgeschossigen Baukörper, die den

Wohnhausanlage Per Albin Hansson-Siedlung-Ost



stadtseitigen Abschluß bilden. Der dritte Bauabschnitt ist von den beiden vorangegangenen durch einen freien Geländestreifen getrennt, auf dem ungefähr im Zentrum der Anlage eine Volksschule und ein Kindergarten errichtet werden. An der Ecke Simmeringer Hauptstraße Weißenböckstraße wird ein Ladenzentrum gebaut. Die Anlage umfaßt 1097 Wohnungen, eine Ordination, eine Polizeidienststelle, zehn Geschäftslokale und eine Hausinspektorenkanzlei.

Südlich der Wohnhausanlage "Am Schöpferk" wurde 1967 mit der Bebauung eines rund 40.000 Ouadratmeter großen Areals begonnen. Die Stadt Wien errichtet auf dieser Fläche eine Wohnhausanlage mit insgesamt 400 Wohnungen. Sowohl im Norden als auch im Süden wird das Gelände von ie einem langgestreckten viergeschossigen Wohnblock mit fünf Stiegenhäusern begrenzt, zwei sechsgeschossige Blöcke bilden den Abschluß im Westen. Zwischen diesen städtischen Häusern und den privaten Grundstücken in der Hauheimergasse sind acht viergeschossige Baukörper mit je zwei Stiegen vorgesehen. Durch diese Gruppierung wird die Anlage sehr locker, aber doch in sich geschlossen wirken. Auf den ausgedehnten freien Flächen, die gärtnerisch ausgestaltet werden, sind Kinderspiel- und Wirtschaftsplätze vorgesehen. Für die Unterbringung der Personenkraftwagen werden zwei große Parkplätze angelegt. Die Zentralheizungsanlage für die gesamte Siedlung wird im Dachgeschoß eines Hauses untergebracht. Mit Ausnahme von sechs Stiegen, die in der Schüttbauweise errichtet werden, erfolgt die Ausführung der Bauten in Ziegelmauerwerk. Die Anlage wird voraussichtlich im Sommer 1969 fertiggestellt.

Im Februar 1968 wurden die Bauarbeiten an der Wohnhausanlage Jägerstraße - Adalbert Stifter-Straße abgeschlossen. Nach der Freimachung eines rund 35.000 Quadratmeter großen Grundstückes, das im Kreuzungspunkt der beiden genannten Straßen liegt und die Form eines Dreieckes hat, wurde im März 1964 mit dem 1. Bauteil der insgesamt 540 Wohnungen umfassenden Anlage begonnen. Dieser besteht aus zwei achtgeschossigen, senkrecht zur Jägerstraße angeordneten Wohnblöcken mit je fünf Stiegenhäusern und einem dahinterliegenden, quergestellten Bau mit vier sechsgeschossigen Häusern. Im Juni des gleichen Jahres wurde mit der Errichtung eines weiteren Blocks, der an der Adalbert Stifter-Straße steht, begonnen und im Oktober folgte - parallel zur Jägerstraße angeordnet - der letzte Wohnblock. Dieser 2. Bauteil umfaßt 10 Stiegenhäuser, die alle achtgeschossig sind.

Die gesamte Anlage wird von einem ebenerdigen

Kesselhaus, das im Anschluß an den 1. Bauteil errichtet wurde, zentral beheizt. Auf den ausgedehnten Grünflächen wurden Ruhe- und Kinderspielplätze angelegt; den künstlerischen Schmuck der Wohnhausanlage bildet eine Stahlplastik. Außer den schon erwähnten 540 Wohnungen wurden noch sechs Ordinationen und fünf Geschäftslokale errichtet.

Schon vor einigen Jahren hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, für die Krankenschwestern der Wiener Spitäler in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstätten eigene Personalwohnhäuser zu bauen. Im Jahr 1967 wurde in der Raffelspergergasse im 19. Bezirk das erste Objekt dieser Art fertiggestellt. Ein zweites folgte im Juli 1968 im 13. Bezirk, Riedelgasse. Das letztere umfaßt 240 besonders ausgestattete Einzelräume, die aus Vorzimmer, Dusch- und WC-Raum sowie Wohnschlafraum mit Kochnische bestehen. Alle Räume sind komplett eingerichtet: der Wohnschlafraum mit einem Einbauschrank, Schlafgelegenheit und Sitzgarnitur, die Kochnische mit einer Elektro-Kleinküchenkombination bestehend aus einer Kochplatte, einem Spülbecken und einem Kühlschrank. Die beiden fünfgeschossigen Häuser, die einen Baublock bilden, werden zentral beheizt.

### Schulen und Heime

Das umfangreiche Schulbauprogramm der Stadt Wien läßt deutlich erkennen, daß die Erschließung der Randbezirke Wiens zu Wohngebieten auch Auswirkungen auf den Schulraumbedarf zeitigt. Von den insgesamt 29 Schulen, die im Jahr 1968 auf dem Programm standen — es handelte sich um 14 Bauten, die fortgesetzt, 10 Bauten, die begonnen wurden und fünf Schulen im Planungsstadium —, liegen nämlich je sechs im 22. und 21., vier im 10., je drei im 23. und 11., zwei im 19. Bezirk und je eine in den Bezirken 8, 12, 13, 14 und 20.

In der Per Albin Hansson-Siedlung Ost wurde im Jänner 1968 mit dem Bau der östlich der Favoritenstraße gelegenen Volksschule begonnen. Die in der Fertigteilbauweise ausgeführte Schule besteht aus drei miteinander verbundenen Gebäuden, die sich durch Funktion und Geschoßzahl voneinander unterscheiden, weiters aus einem Pausenhof und einem Spielplatz. Das Raumprogramm beinhaltet vorläufig acht Klassenzimmer, jedoch wurde bei der Planung bereits eine Erweiterungsmöglichkeit auf 10 bzw. 12 Klassen vorgesehen. Im Endausbau kommt dann auch noch ein zweiter Turnsaal hinzu. Die Gesamtkosten für dieses Projekt werden rund 16,5 Millionen Schilling betragen;

die Fertigstellung wird voraussichtlich im Mai 1969 erfolgen.

Ebenfalls im Jänner 1968 wurde in der Wohnhausanlage Weißenböckstraße mit dem Neubau einer achtklassigen Volksschule begonnen. Dieses Gebäude wird in der herkömmlichen Bauweise errichtet. Außer den Klassenzimmern umfaßt das Raumprogramm noch ein Handarbeits- und ein Musikzimmer. Die Zentralgarderobe sowie die Direktionsräume werden im dreigeschossigen Klassentrakt untergebracht, während die eingeschossige Pausenhalle die Verbindung zum Turnsaal herstellen wird. Der Klassentrakt mit der anschließenden, ebenerdig gelegenen Schulwartewohnung wurde bis Ende 1968 fertiggestellt. Die Pausenhalle und der Turnsaal werden ab Mai 1969 benützbar sein.

Einer der wenigen Schulneubauten im dichter besiedelten Stadtgebiet entsteht am Marschallplatz in Meidling. Diese Volks- und Hauptschule wird 16 Stammklassen, ein Physiksaal, eine Schulküche mit Eßraum, ein Zeichensaal, zwei Mädchen- und zwei Knaben-Handarbeitssäle, ein Musikzimmer, zwei Direktionskanzleien, ein Arztzimmer, vier Lehrmittelzimmer, zwei Turnsäle mit Brausebädern und Garderoben, eine große Pausenhalle, eine Schulwartwohnung sowie diverse Nebenräume erhalten. Das Gebäude wird in der Fertigteilbauweise errichtet und mit einer vollautomatischen Warmwasserzentralheizung mit Ölfeuerung ausgestattet. Der Innenhof des zweigeschossigen Vierkantbaues wird als Pausenhof ausgestaltet; rund um das Gebäude werden Grünflächen mit Baum- und Sträuchergruppen angelegt. Die Schule soll 1969 fertiggestellt werden; der Kostenaufwand wird voraussichtlich bei 34 Millionen Schilling liegen.

Mit den Bauarbeiten für die 1. Ausbaustufe der Schule in der Großfeldsiedlung wurden im November 1967 begonnen. In der Fertigteilbauweise werden zwei separierte Klassentrakte errichtet, die durch einen Trakt mit Sonderklassen verbunden sind. Die 1. Ausbaustufe umfaßt 16 Normalklassen und 7 Sonderklassen mit den entsprechenden Nebenräumen und der Schulwartwohnung. Es ist vorgesehen, diese Schule später auf 32 Klassen zu erweitern. Die in der 1. Ausbaustufe enthaltene Turnhalle kann in drei Turnsäle unterteilt werden. Die Schule, die einen Kostenaufwand von rund 38 Millionen Schilling erfordert, wird voraussichtlich Ende August 1969 fertiggestellt.

In der Autokaderstraße im 21. Bezirk wurde am 1. August 1967 die 1. Ausbaustufe einer neuen Volksschule in Angriff genommen. Sie umfaßt acht Klassen mit Nebenräumen, eine Schulwartwohnung und einen Turnsaal mit Nebenräumen. Die 2. Ausbaustufe sieht eine Erweiterung um vier Klassen vor. Der Klassentrakt mit seinen beiden Geschossen und dem Keller wurde aus Fertigteilen errichtet, die Zwischenwände bestehen aus Ziegelmauerwerk. Der bereits 1968 fertiggestellte Bau kostete rund 17 Millionen Schilling.

Eine Volksschule und ein Kindertagesheim entstanden zu gleicher Zeit in der Krottenbachstraße, im 19. Bezirk. Die beiden im Oktober 1967 begonnenen Gebäude wurden in der Fertigteilbauweise hergestellt. Die Schule umfaßt acht Klassenzimmer, ein Musikzimmer, einen Turnsaal mit Brausebad und Geräteraum, eine Schulwartwohnung und diverse Nebenräume. Das Kindertagesheim besteht aus fünf Gruppen und einem Mehrzweckraum. Das Areal um die beiden Bauten wird noch gärtnerisch ausgestaltet, außerdem wird ein Spielplatz angelegt. Die Kosten für den Schulbaubetragen voraussichtlich 15,5 Millionen Schilling, jene für das Kindertagesheim 8,8 Millionen.

Außer den hier angeführten, bedeutenden Schulneubauten wurden von der Stadt Wien im 2. Halbjahr 1967 und im 1. Halbjahr 1968 noch eine Reihe anderer Arbeiten auf dem Schulbausektor durchgeführt, wie etwa Umbauten von älteren Schulen oder Erweiterungen.

Für die Kindertagesheime gilt das gleiche wie für die Schulen: Die meisten Neubauten sind in den neuen Siedlungsgebieten am Stadtrand erforderlich. So wurde im September 1967 mit dem Bau von vier Kindergärten begonnen, die in den Bezirken 11, 19, 21 und 22 liegen. Drei dieser Kindertagesheime sind für fünf Kindergruppen bestimmt, nur jenes im 19. Bezirk wird bloß zwei Gruppen aufnehmen. Weiters wurde im September 1967 im 15. Bezirk in der Dadlergasse mit dem Bau eines Kindergartens begonnen, und in der Pappenheimgasse sowie im Stadtpark werden zu den bestehenden Heimen Zubauten für je zwei Gruppen geschaffen. Sämtliche Bauten werden im Frühjahr 1969 fertiggestellt werden.

Die im Oktober 1965 begonnenen Bauarbeiten an der Kindererholungsstätte Weißau im 22. Bezirk konnten im September 1967 abgeschlossen werden. Die Erholungsstätte besteht aus zwei ebenerdigen, unterkellerten Gebäuden, wovon das eine acht Kindergartengruppen und das andere eine Küchenanlage, verschiedene Nebenräume sowie die Hauswartwohnung enthält. Die Räume werden durch Außenwand-Konvektoren beheizt, außerdem ist eine Heißwasserversorgungseinrichtung vorgesehen worden. In der Großküchenanlage können die Mahlzeiten für 300 Kinder zubereitet werden. Die

Baukosten für die Erholungsstätte betrugen rund 6,5 Millionen Schilling.

Von den jüngsten zu den ältesten Bürgern Wiens: Die mit einem Gesamtaufwand von rund 40 Millionen Schilling veranschlagte Adaptierung des Pavillons XI im Altersheim Lainz wurde so weit fortgesetzt, daß das umgebaute, erweiterte und aufgestockte Objekt noch im Jahre 1968 in Betrieb genommen werden konnte. In den Pavillons IV, VI und XIV werden Zentralheizungen mit einer im Pavillon VI untergebrachten gemeinsamen Heizzentrale eingebaut. Nach Abschluß dieser Arbeiten werden die Einzelheizungen sämtlicher Gebäude auf Zentralheizung umgestellt werden.

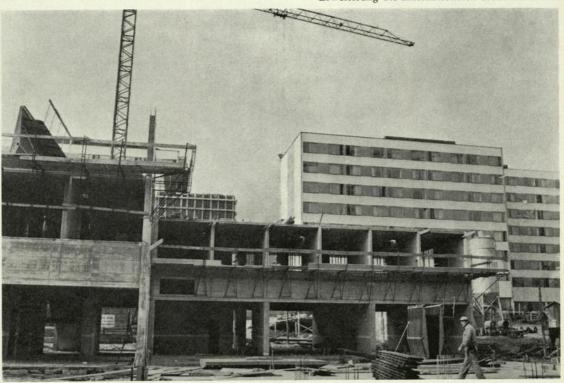
Das Pensionistenheim Ottakring, das schon in der vorjährigen Bauchronik angeführt wurde, feierte im Juni 1968 die Dachgleiche; es wird im Frühjahr 1969 fertiggestellt werden. Die Planungsarbeiten für weitere Pensionistenheime machten gute Fortschritte. Im Herbst 1968 konnte von Bürgermeister Bruno Marek der Grundstein für das vierte Heim, das in Döbling errichtet wird, legen. Das fünfte Pensionistenheim Wiens wird im 3. Bezirk entstehen; es ist dafür ein Areal im Be-

reich Barthgasse-Würtzlergasse-Baumgasse vorgesehen.

Über das Haus der Begegnung in Floridsdorf wurde ebenfalls bereits in der vorjährigen Bauchronik ausführlich berichtet. Der viergeschossige Volkshochschultrakt konnte im September 1967 in Betrieb genommen werden; der Mehrzwecksaal, in dem etwa 620 Personen Platz finden, konnte im Herbst 1968 eröffnet werden. Die Gesamtkosten für das Haus der Begegnung (einschließlich Inventar) betrugen 31,3 Millionen Schilling.

Im Frühjahr 1968 wurde mit den Bauarbeiten für die Erweiterung des Internationalen Studentenheims in Döbling begonnen. Es werden zwei achtgeschossige Wohnhäuser für insgesamt 360 Betten errichtet. Weiters wird ein dreigeschossiges Wirtschaftsgebäude, in dem das Personal sowie die erforderlichen Betriebsräume untergebracht werden, und eine Großküchenanlage mit Speisesaal gebaut. Die einzelnen Objekte werden durch Flachbauten miteinander verbunden. Außerdem soll noch ein zweites dreigeschossiges Gebäude errichtet werden, das für die Unterbringung des Wiener Verkehrsvereins vorgesehen ist. Neben Studentenzimmern, die als Einzelräume mit Dusch-

Erweiterung des Internationalen Studentenheimes



nische ausgestattet sind, wird auch eine Anzahl Doppelzimmer für Studentenehepaare gebaut werden. Die Erweiterungsbauten des Internationalen Studentenheims der Stadt Wien, die einen Kostenaufwand von rund 95 Millionen Schilling erfordern, werden voraussichtlich bis Ende 1970 fertiggestellt sein.

Als letztes in diesem Kapitel soll noch auf das Haus des Buches hingewiesen werden. Es wird von der Baugenossenschaft "Vindobona" gemeinsam mit dem Fonds für Dr. Adolf Schärf-Studentenheime im 8. Bezirk, in der Skodagasse, errichtet. Wie schon im Vorjahr in der Bauchronik erwähnt, wird in einem trapezförmigen Flachtrakt die Städtische Hauptbücherei untergebracht werden. Das anschließende zehngeschossige Hochhaus wird zu einem Studentenheim gestaltet. Die gemeinsamen Versorgungseinrichtungen, wie Zentralheizung und Warmwasserbereitung, werden im Keller des Bauwerkes installiert. Im 1. Stock des Flachbaues wird ein Mehrzwecksaal mit einem Fassungsraum für 200 Personen gebaut. Er erhält eine Reihe von Einrichtungen für Film- und Diapositivprojektion. Außerdem auch noch eine Tonanlage, Im 2. Stock des Flachbaues werden die Arbeitsräume für die Hauptbücherei untergebracht; die Ausleihräume werden im Erdgeschoß eingerichtet. Mit den Bauarbeiten für das Haus des Buches wurde am 17. Juli 1967 begonnen.

#### Krankenhäuser

Im Wilhelminenspital auf dem Westteil des Spitalsgeländes wird seit April 1967 an einem neuen Pavillon für Unfall- und Dringlichkeitschirurgie gebaut. Das Gebäude umfaßt einen Bettentrakt mit sechs Geschossen, der sich über einem dreigeschossigen Breitfuß erhebt, in dem die Operationsund technischen Räume untergebracht sind. Der Rohbau wurde termingerecht im Sommer 1968 fertiggestellt, worauf mit den Innenausbauarbeiten begonnen wurde. Die neue anstaltsinterne Straße für die Zufahrt der Rettungsautos wurde in ihrer Trassierung ebenfalls fertiggestellt.

Im Krankenhaus Lainz wurde eine Reihe von Adaptierungs- und Modernisierungsarbeiten vorgenommen. So wurde für den Pavillon II A eine neue Trafostation gebaut. Im Fernheizwerk wurde ein fünfter Hochdruckkessel mit Olfeuerung eingebaut, wodurch die Voraussetzungen für die Beheizung des künftigen Isotopen- und Zentrallabors geschaffen wurden. Beim Neubau dieses Labors konnte im Oktober 1967 die Dachgleiche gefeiert werden.

Im November 1967 wurde das neue Rehabilitations- und Behindertenzentrum der Stadt Wien in Ottakring, Seeböckgasse, seiner Bestimmung übergeben. Es wurde mit einem Kostenaufwand von 12,7 Millionen Schilling aus zwei alten Schulgebäuden errichtet und dient einerseits den arbeitstherapeutischen Kursen der städtischen Erwachsenenfürsorge und andererseits den geschützten Werkstätten des Vereins "Jugend am Werk".

Im Kaiser Franz Josef-Spital wurde mit der Errichtung eines Kobaltbunkers für ein Strahlentherapiegerät begonnen, die Arbeiten konnten bis Sommer 1968 fast zur Gänze abgeschlossen werden. In nahezu allen anderen städtischen Spitälern wurden ebenfalls Erweiterungs-, Adaptierungsund Modernisierungsmaßnahmen an einzelnen Objekten und Einrichtungen durchgeführt. Im Vordergrund standen jedoch die beiden Großbauvorhaben auf dem Spitalssektor: der Neubau der Rudolfsstiftung und des Allgemeinen Krankenhauses.

Als letzte Vorbereitungsarbeiten vor Beginn der Errichtung des Hauptgebäudes der Rudolfstiftung im Frühjahr 1968 wurden die Planungsarbeiten fortgesetzt, der Nordtrakt des alten Gebäudes abgebrochen und verschiedene Provisorien, wie eine Fahrbrücke in der Eingangshalle, eine neue Stiege im Röntgentrakt und eine Zufahrt errichtet. Weiters wurde eine naturgetreue Mustereinheit des Bettenhochhauses, bestehend aus zwei Dreibettzimmern, hergestellt, die auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft wurde. Die Arbeiten am zweiten Bauabschnitt, der den Wirtschaftstrakt umfaßt. wurden fortgesetzt. Das Kesselhaus konnte noch im Herbst 1967 in Betrieb genommen werden, die restlichen Objekte, vor allem die Küche, wurden im Februar 1968 übergeben. Die ebenfalls im Verband des Wirtschaftstraktes liegenden Werkstätten, sowie der Traforaum und das Gaslager werden aus Konstruktionsgründen erst mit dem Hauptgebäude gebaut.

Mit Ende 1967 wurde der Wohnbezirk des neuen Allgemeinen Krankenhauses fertiggestellt, so daß mit Anfang 1968 die beiden Personalhochhäuser und die Internatsschule für Krankenschwestern besiedelt werden konnten. Insgesamt sind 714 Wohneinheiten für Schwestern und Ärzte sowie 320 Plätze in der Krankenpflegeschule vorhanden. Außerdem wurde noch die neue Apotheke und eine Garage für 140 Fahrzeuge übergeben. Die Kosten für diesen Bauabschnitt betrugen rund 340 Millionen Schilling.

Die derzeit in Bau befindliche Gebäudegruppe Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Heilpädagogische Abteilung und Kinderklinik, ist süd-

westlich des Kerns der Anlage angeordnet und besteht aus einem parallel zum künftigen Hauptgebäude angeordneten Baukörper mit dem südlich vorgelagerten Bettenhaus der Psychiatrischen Klinik. Verglaste Verbindungsbrücken werden die Gebäudegruppe geschoßgleich an das Hauptgebäude binden, wodurch die funktionellen Zusammenhänge der beiden Baukörper gewahrt sind. Der vorgelagerte, dreigeschossige Bettentrakt enthält sechs gleiche Pflegeeinheiten, die mit dem Untersuchungs- und Behandlungsgebäude verbunden sind. Die Kinderklinik gliedert sich in einen dreigeschossigen Untersuchungs-Behandlungstrakt und einen aufgesetzten sechsgeschossigen Bettenbaukörper. Der Psychiatrischen Klinik stehen 180 Betten - davon 30 der Jugend- und Kinderpsychiatrie - und der Kinderklinik 200 Betten - davon 23 der Heilpädagogischen Abteilung - zur Verfügung.

Als nächstes wird mit dem Bau einer dreigeschossigen Tiefgarage mit 2300 Einstellplätzen begonnen. Sie wird parallel dem Währinger Gürtel liegen und über Zufahrten sowohl vom inneren als auch vom äußeren Gürtel erreichbar sein.

Bis Juni 1968 wurden für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses rund 500 Millionen Schilling aufgewendet, der Aufwand für die derzeitigen Bauführungen liegt bei rund 1 Milliarde.

## Sport und Erholung

Im September 1967 wurde die neue Sportanlage Hirschstetten-Spargelfeldgasse in Betrieb genommen; sie ersetzt die alte Anlage in der Ouadenstraße. Der Sportplatz faßt 540 Besucher und ist mit einem Hauptspielfeld, einem Trainingsplatz, einer 400-Meter-Bahn und einem Garderobenhaus ausgestattet. Letzteres ist ein ebenerdiger Baukörper mit einer Grundfläche von 320 Quadratmeter. In dem Gebäude sind sechs Garderobenräume, ein Schiedsrichterraum, ein Geräteraum, eine Waschküche, ein Sanitätsraum sowie ein Klubund ein Büfettraum untergebracht. Selbstverständlich ist das Garderobenhaus noch mit den erforderlichen sanitären Anlagen ausgestattet. Sämtliche Räume sind mittels Außenwand-Konvektoren beheizbar. Für die Bewässerung der Spiel- und Grünflächen wurde eine Brunnenanlage geschaffen. Die Gesamtfläche der Sportanlage beträgt 36.000 Quadratmeter.

Als Ersatz für den mit städtischen Wohnhäusern bebauten BAC-Platz wurde im 20. Bezirk in



Personalwohnhäuser des neuen Allgemeinen Krankenhauses

der Lorenz Müller-Gasse eine neue Sportanlage errichtet. Sie konnte im Herbst 1968 in Betrieb genommen werden. Neben einem Hauptspielfeld, einem Trainingsplatz und einer Reihe von Leichtathletikanlagen wurden auch vier Tennisplätze angelegt, die im Winter als Natureislaufplatz verwendet werden können. Das Garderobenhaus umfaßt sechs Spielergarderoben, drei Duschräume, zwei Tennisgarderoben, die im Winter zu einer vereinigt werden können, eine Schiedsrichterkabine, ein Büfett, sowie die erforderlichen Geräteund Zeugräume. Bei Abendbetrieb werden die Tennisplätze bzw. der Eislaufplatz mit Quecksilberdampflampen beleuchtet. Die Gesamtfläche der Anlage beträgt 36.500 Quadratmeter.

Im Mai 1967 wurde im Prater mit dem Bau einer Rollschubahn begonnen, die den internationalen Anforderungen Rechnung trägt. Das Rollschuhfeld hat die Ausmaße von 30 × 60 Meter und wurde als fugenlose Spezialbetonplatte hergestellt. Ein vorhandenes Hortobiekt wurde durch einige Umbauten zu einem Garderobenhaus ausgestaltet. Die Rollschuhbahn wird im Winter als Natureislaufplatz verwendet; sie konnte diese Funktion im Winter 1967/68 bereits erfüllen. Als Ersatz für das Hortgebäude wurde ein neues ebenerdiges Haus errichtet, das drei Aufenthaltsräume, eine Küche, eine Kanzlei sowie einen Portierraum und die erforderlichen Nebenräume enthält. Ein Teil der Außenanlagen wurde mit einem Hartbelag versehen, auf dem anderen Teil wurden Rasenflächen angelegt. Das gesamte Areal ist 8000 Ouadratmeter groß.

Ein neues Stadion soll Wien in Penzing erhalten. Es wird zwischen Linzer Straße, Deutschordenstraße, Keißlergasse und Bahnhofstraße errichtet werden und Platz für 20.000 Zuschauer bieten. Dieses neue Sportzentrum West wird ein Hauptspielfeld mit einer 400-Meter-Laufbahn erhalten. Weiters sind vorgesehen zwei Spielfelder im Ausmaß von 100 × 64 Meter, Kleinspielfelder für Basketball, Faustball und Tennis, sowie mehrere Leichtathletikanlagen.

Vom neuen Hallenbad in Floridsdorf wurde in den vorangegangenen Bauchroniken bereits ausführlich berichtet. Nach vierjähriger Bauzeit konnte es im Oktober 1967 seiner Bestimmung übergeben werden.

Im Jörgerbad wurden die Arbeiten zur Erneuerung der wärmetechnischen Anlage und im Amalienbad jene zur Überholung der Dachkonstruktion fortgesetzt. Im Amalienbad wird außerdem noch eine Beleuchtungs- und eine Belüftungsanlage in die Schwimmhalle eingebaut. In der Loeschenkohl-

gasse im 15. Bezirk wurde mit dem Bau eines Kinderfreibades und einer Jugendsportanlage begonnen. Das Kinderfreibad wird jenes am Vogelweidplatz ersetzen, das dem geplanten Stadthallenbad weichen mußte. Um die Beaufsichtigung der Kinder zu erleichtern, wird das neue Kinderfreibad zwei Becken erhalten. Jenes für die kleineren Kinder wird 70 Zentimeter und jenes für die größeren 120 Zentimeter tief sein. Das Badewasser für beide Becken kann auf 24 Grad vorgewärmt werden. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für das geplante Freibad betragen 4,3 Millionen Schilling.

Das schon erwähnte Stadthallenbad soll entsprechend der letzten Projektsfassung ein großes Schwimmbecken im Ausmaß von 50 × 21 Meter mit acht Schwimmbahnen und einen 10-Meter-Sprungturm erhalten. Weiters sind ein Trainingsbecken, ein Lehrschwimmbecken und ein Kinderplanschbecken geplant. Das große Schwimmbecken soll einen verstellbaren Boden erhalten, damit bei Schwimmwettbewerben der seichte Beckenteil auf die vorgeschriebene Mindesttiefe von 1,20 Meter gebracht werden kann. Im Untergeschoß sollen rund 650 Umkleidegelegenheiten sowie die Brausen und Toiletten untergebracht werden. Außerdem wird dem Bad wahrscheinlich eine Sauna angeschlossen werden. Im Sommer wird durch eine breite Offnung in der Ostwand der Schwimmhalle ein Zugang zur Dachterrasse der bestehenden Bowlinghalle und zu der im Süden vorgelagerten Wiese geschaffen wer-

Außer diesen Projektierungsarbeiten wurde auch die Planung des Dianazentrums und des Schafbergbades fortgesetzt.

Einen schönen Erfolg konnte die Stadt Wien in bezug auf die Erhaltung der stadtnahen Erholungsgebiete verzeichnen: Mit dem Eigentümer der Gründe im Bereich der Elisabethhöhe des Bisamberges konnte eine Kaufvereinbarung geschlossen werden. Dieses wichtige Erholungsgebiet bleibt daher den Wienern erhalten. Auf dem 280.000 Quadratmeter großen Areal, für das die Stadt Wien 8,5 Millionen Schilling bezahlt hat, wird ein Ausflugsrestaurant errichtet werden.

Die gärtnerische Ausgestaltung des Donaukanalufers wurde weiter fortgesetzt. Zwischen Rotundenbrücke und Stadionbrücke wurde ein Promenadenweg angelegt und Ruhebänke wurden aufgestellt.

In Zusammenhang mit dem Bau von neuen Wohnhausanlagen in den Stadterweiterungsgebieten erwachsen der Stadtverwaltung auch große Aufgaben auf dem Gebiet der Grünflächengestaltung. Die Freiflächen werden zumeist noch vor der

Übergabe der Wohnungen an die Mieter gärtnerisch ausgestaltet und mit Kinderspielplätzen und Ruheplätzen versehen. Ebenso wurde im Berichtszeitraum eine Reihe von Gartenanlagen nach Abschluß von Straßenumbauten angelegt, so zum Beispiel im Bereich der Lastenstraße und des Margaretengürtels. Neue Anlagen wurden am Stefan Fadinger-Platz, in der Cumberlandstraße, vor dem Asperner Friedhof und in der Hofmühlgasse geschaffen. Der Park in der Hofmühlgasse wurde als erste Etappe der projektierten Grünflächenschaffung im 6. Bezirk auf einem Areal angelegt, das nach Abbruch von alten Wohnhäusern frei wurde. Die Gartenfläche, auf der sich Spiel-, Sitzund Ruheplätze befinden, ist zur Hofmühlgasse hin durch eine Glasziegelwand abgeschirmt.

Über das neu hergestellte Gerinne zwischen Kaiserwasser und Alter Donau wurde eine Fahrbrücke gebaut; die angrenzenden Flächen wurden gärtnerisch ausgestaltet.

Im Dezember 1967 wurde mit der Wiedererrichtung der durch Brand zerstörten Gaststätte "Napoleonwald" im 13. Bezirk begonnen. Das ebenerdige Objekt umfaßt ein Gastzimmer, ein Extrazimmer, eine Küche, eine Kanzlei, einen Personalraum sowie einige Nebenräumlichkeiten. Im Kel-

ler wird ein Oltank und ein großer Saal untergebracht. An den Längsseiten der Gaststätte werden Sitzterrassen angelegt. Das Objekt, das einen Kostenaufwand von 2,2 Millionen Schilling erfordert, wird voraussichtlich im Frühjahr 1969 fertiggestellt.

Das durch den Krieg zerstörte Rasthaus "Zur Schießstätte" wurde ebenfalls wiederaufgebaut. Es ist für Sommer- und Winterbetrieb eingerichtet. In dem Gebäude wurden ein 150 Quadratmeter großer Schankraum, eine Küche sowie die erforderlichen Nebenräume untergebracht. Die Baukosten für das Objekt, das am 22. Juli 1968 fertiggestellt wurde, betrugen 2,15 Millionen Schilling.

#### Verkehr

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand und steht natürlich der geplante U-Bahn-Bau. Entsprechend der sieben Punkte umfassenden Empfehlung der Gemeinderätlichen Planungskommission zum Thema "Öffentlicher Verkehr" aus dem Jahre 1966 hat der Magistrat dem Wiener Gemeinderat einen Entwurf für einen Grundsatzbeschluß zum Bau des U-Bahn-Grundnetzes vorgelegt. Der Entwurf wurde am 26. Jänner 1968



Rasthaus "Zur Schießstätte"

mit Einstimmigkeit beschlossen. Damit wurden die rechtlichen Voraussetzungen für gewisse Vorarbeiten wie Grundeinlöseverhandlungen zur Freimachung der Trassen und dergleichen geschaffen. Der Grundsatzbeschluß sieht den Bau von drei Linien vor: Linie 1 (Nord-Süd-Durchmesser), Linie 2 (Ringturm-Karlsplatz) und Linie 4 (Wiental-Donaukanal). In die Linie 2 wird die Unterfahrung Lastenstraße einbezogen und die Linie 4 wird durch Umstellung der Stadtbahnlinie Wiental-Donaukanal auf U-Bahn-Betrieb hergestellt. Die Linie 3 des Grundnetzes wurde in den Gemeinderatsbeschluß noch nicht aufgenommen, weil an ihrer Planung noch gearbeitet wird, die Realisierung der bereits geklärten Trassen aber nicht verzögert werden sollte.

Dem Magistratsentwurf über den Bau des Grundnetzes gingen eine Reihe von Begutachtungen seitens verschiedener Interessenten und öffentlicher Institutionen sowie zahlreiche Diskussionen voran. Zugleich wurden auch Probebohrungen und Bodenuntersuchungen entlang der projektierten Trassen durchgeführt. Die Linie 1 wird zuerst gebaut werden, ein endgültiger Termin wurde jedoch noch nicht fixiert. Möglicherweise wird der Baubeginn noch 1969 erfolgen.

Die Planungsarbeiten für die Erweiterung des Grundnetzes werden parallel mit den Vorarbeiten für den Baubeginn weitergeführt. So wurden im Frühjahr zwei Vorstudien für die Linienführung im nördlichen Wien zur Ausarbeitung vergeben. In der ersten Studie werden Varianten für die Verlängerung der Linie 6 (Gürtellinie) über die Donau untersucht, die zweite Vorstudie betrifft die Linie 7. Zwei Varianten sind es vor allem, die für die Linie 6 in Frage kommen: Entweder eine Abzweigung von der bestehenden Trasse bei Michelbeuern über die Wallensteinstraße und die Traisengasse zum Hubertusdamm oder die Verlängerung im Anschluß an das vorliegende Projekt, und zwar die projektierte Engerthstraße zum Hubertusdamm. In beiden Fällen wäre dann durch die Linie 7 (Floridsdorf, Kagran) die Verkehrsversorgung der Bezirke 21 und 22 gewährleistet. Die Linie 7 ist insofern betroffen, als entweder eine Kreuzung beider Linien in Floridsdorf oder eine Vereinigung im Raum der Donaufelder Straße in Frage kommt.

Die Arbeiten am größten Verkehrsbauwerk der letzten Jahre, die Tieflegung der Straßenbahn im Bereich Matzleinsdorfer Platz, wurden beschleunigt weitergeführt. Am 1. März 1968 wurden die

Verkehrsbauwerk Margaretengürtel, Station Blechturmgasse





Rohbauarbeiten mit der Einbringung des letzten Deckenbetons abgeschlossen. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag in der Folge beim Innenausbau der Haltestellen und der Fußgängergeschosse. Die Inbetriebnahme der Tunnelstrecken wurde für Jänner 1969 geplant. Danach können die oberirdischen Gleisanlagen entfernt und die Straßendecken aufgebracht werden. Bei der Einmündung Wiedner Hauptstraße-Reinprechtsdorfer Straße 1969 noch Fußgängertunnel gebaut.

Im Zuge des Gürtelausbaus wurde beim geplanten Gaudenzdorfer Knoten eine Brücke über den Wienfluß errichtet, die den Margaretengürtel mit der linken Wienzeile verbindet. Das Bauwerk wurde im November 1967 dem Verkehr übergeben.

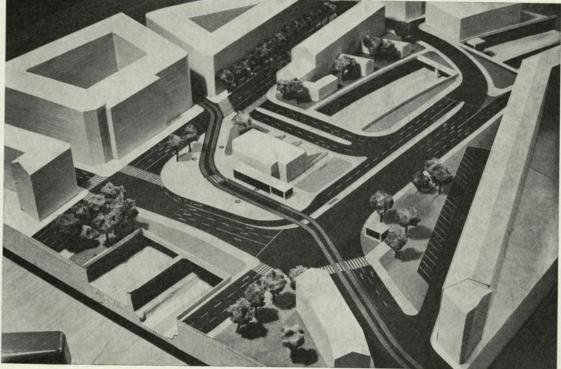
Zu einem Nahverkehrszentrum ähnlich der Kennedybrücke wird die Lobkowitzbrücke ausgebaut. Im August 1967 wurde mit der Überdeckung des Wienflusses auf 100 Meter Länge begonnen. Weiters werden zwei Brücken über die Stadtbahn und den Wienfluß errichtet. Die Linke Wienzeile wird mit einem Fußgängertunnel unterquert und das alte Stationsgebäude der Stadtbahn wird durch ein neues ersetzt. Die Autobuslinien 63, 64 und 64 A erhalten eine neue Endstelle sowie Pausen-

plätze. Die Straßenbahnlinien 8 und 9 werden nach Fertigstellung der neuen Brücken nicht mehr direkt in die Meidlinger Hauptstraße, sondern durch die Theresienbadgasse und Niederhofstraße in die Meidlinger Hauptstraße fahren. Durch Einbahn- und Kreisverkehr-Systeme wird der Bereich Lobkowitzbrücke leistungsfähiger gestaltet werden. In Zusammenhang mit dem Umbau des Verkehrsknotens werden auch die Wiental-Begleitstraßen weiter ausgebaut. Die Brückenbauarbeiten können voraussichtlich 1969 abgeschlossen werden.

Ein dringend notwendiges Verkehrsprojekt wird in der Erzherzog Karl-Straße verwirklicht. Die schienengleiche Kreuzung an der Ostbahn erhält eine Unterführung mit je zwei 7 Meter breiten Richtungsfahrbahnen und einem Gleiskörper in Mittellage für die Linie 16. Die Straßenbahnhaltestellen werden unterirdisch angelegt und erhalten an beiden Bahnsteigenden Stiegenaufgänge. Der bestehende Fußgängertunnel bleibt erhalten. Mit den Bauarbeiten, die einen Aufwand von 85 Millionen Schilling erfordern, wurde im Mai 1968 begonnen. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich zweieinhalb Jahre.

Auch der Autobahnbau auf Wiener Stadtgebiet macht gute Fortschritte. 1967 wurde mit der Er-





richtung der Südautobahnstrecke zwischen Inzersdorf und Favoritenstraße begonnen. Die Brückentragwerke werden aus Fertigteilen hergestellt, die Gesamtbreite der Autobahn wird 27,5 Meter betragen. In Zusammenhang mit dem Autobahnbau am Südrand von Wien wurde im Oktober 1967 mit dem Bau einer Straßenbrücke zwischen der Siedlung Wienerfeld-Ost und der Per Albin Hansson-Siedlung zur Überführung der Per Albin Hansson-Straße über die Autobahntrasse sowie einer Rampenbrücke für Fußgänger im Unteren Wienerfeld begonnen.

Die Süd-Ost-Tangente der Autobahn wird von der Favoritenstraße zum Landstraßer Knoten verlängert und weiter bis zur 4. Donaubrücke ausgebaut werden. Die Arbeiten an der Brücke erstreckten sich im Berichtszeitraum hauptsächlich auf die Herstellung der Trennpfeiler an beiden Donauufern und des Mittelpfeilers im Flußbett.

Von den übrigen Straßenbauten muß die Fertigstellung der Neustiftgasse zwischen Museumstraße und Neubaugasse erwähnt werden. Weiters wurde der Ausbau der Neustiftgasse bis zum Gürtel in Angriff genommen. In Zusammenhang mit den beschriebenen Verkehrsbauwerken mußten selbstverständlich auch zahlreiche Straßen neu hergestellt oder umgebaut werden.

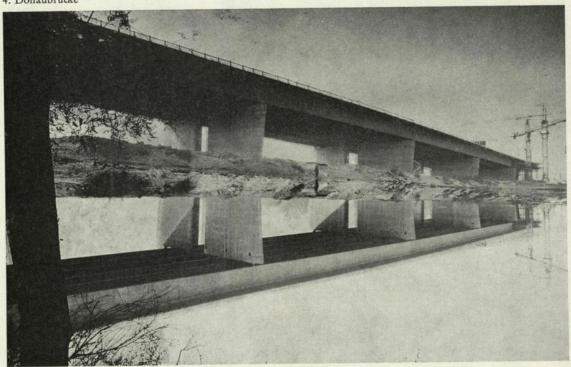
Auf dem Gebiet des Verkehrswasserbaues wurde mit den Arbeiten an einem weiteren Abschnitt der für die nordöstliche Begrenzung des Hafenbeckens vorgesehenen Kaianlage begonnen. Innerhalb von fünf Jahren soll der noch nicht ausgebaute Uferstreifen zwischen den bereits bestehenden Mauerabschnitten fertiggestellt werden. Der begonnene Bauabschnitt erstreckt sich auf die halbe Länge der noch vorhandenen Lücke und soll bis 1970 abgeschlossen werden. Die Baukosten betragen voraussichtlich 32 Millionen Schilling.

## Nutzbauten und Versorgungseinrichtungen

Das "Alte Rathaus" in der Wipplingerstraße wird seit August 1967 renoviert. Die Arbeiten, die in Abschnitten auf mehrere Jahre verteilt durchgeführt werden, erstrecken sich auch auf den Einbau eines Personenaufzuges und einer Zentralheizung. Weiters wird die Raumeinteilung etwas geändert, und die Installationen werden erneuert.

Die Umbauarbeiten am Amtshaus des 5. Bezirks konnten im Juli 1968 abgeschlossen werden. Sämtliche Installationen und WC-Anlagen wurden erneuert, und eine vollautomatische Warmwasserzentralheizung mit Ölfeuerung wurde eingebaut. Die Baukosten betrugen rund 10 Millionen Schilling.

#### 4. Donaubrücke



Mit der Generalinstandsetzung des Amtshauses 7, Hermanngasse wurde im Juli 1967 begonnen. Außer den Renovierungsarbeiten, werden auch noch verschiedene Umbauten und Änderungen in der Raumeinteilung durchgeführt. Mit einem Zubau wird Raum für einen Pensionistenklub geschaffen. Die Feuerwehrräume werden ins Parterre verlegt und ein Übungsturm wird errichtet. Das Bauvorhaben, das voraussichtlich 12,5 Millionen Schilling kosten wird, soll Ende 1970 fertiggestellt werden.

Ebenfalls eine Generalinstandsetzung wird seit 1965 am Amtshaus 18, Martinstraße durchgeführt; die Fertigstellung ist für Ende 1969 geplant.

Im Herbst 1967 wurde das erste der beiden provisorischen Bürogebäude für die UNIDO Ecke Museumstraße-Lerchenfelder Straße fertiggestellt. Das zweite Gebäude folgte einige Monate später. Die Bauten sollen, nachdem die UNIDO in ihren endgültigen Amtssitz eingezogen ist, wieder abgetragen werden.

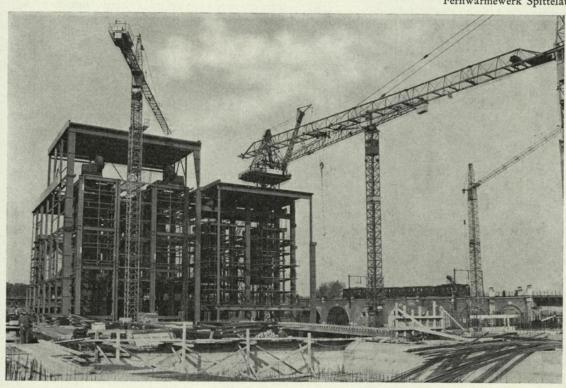
Die Hafenbetriebsgesellschaft erhielt ein neues modernes Verwaltungsgebäude. Die Bauarbeiten wurden im Dezember 1966 begonnen und im Oktober 1967 nach nicht ganz einem Jahr bereits abgeschlossen. Das Gebäude hat so wie das etwas früher fertiggestellte Zentrallager acht Geschosse. Die Nutzfläche des Zentrallagers beträgt 36.000 Quadratmeter.

Die Projektierungsarbeiten für den neuen Großgrünmarkt in Inzersdorf und für den neuen Schlachthof wurden fortgesetzt; zugleich arbeitete das Institut für Standortberatung an einer Studie über die Wiener Detailmärkte. Die Untersuchungen wurden bis Mai 1968 abgeschlossen und ausgewertet.

Die Arbeiten am Fernheizwerk in der Spittelau, das schon in der vorjährigen Bauchronik beschrieben wurde, gingen gut voran. Die Rohrverlegungen zum Allgemeinen Krankenhaus konnten im wesentlichen abgeschlossen werden.

Für die Großfeldsiedlung wird im Nordwesten der Anlage ebenfalls ein Fernheizwerk errichtet, das eine Leistung von 32 Giga-Kalorien haben wird. Mit dem Bau der Fernheizleitungen, die vom Werk ausgehend das ganze Gebiet erschließen werden, wurde im April 1967 begonnen. Es wird ein sogenanntes Primärnetz errichtet, das aus großkalibrigen Stahlrohren besteht, die in Eternit-Rohren verlegt werden, und ein Sekundärnetz, das nach Möglichkeit in den Kellern der Häuser ver-

Fernwärmewerk Spittelau



läuft, um Erdarbeiten zu ersparen. Auch die Umformerstationen — die die Aufgabe haben, die Vorlauftemperatur des Primärnetzes von 140 Grad auf die für die Radiatoren der Wohnungen benötigte Temperatur von 90 Grad umzuformen — werden in den Kellerräumen der Wohnblocks installiert. Die Baukosten des Fernheizwerkes werden sich auf rund 32 Millionen Schilling belaufen.

Im November 1967 konnte der Block 5 des Simmeringer Dampfkraftwerkes in Betrieb genommen werden. Die Anlage, mit deren Bau 1964 begonnen wurde, hat eine Leistung von 110.000 Kilowatt. Ihr Kesselsystem besitzt eine Feuerung, die für Heizöl und Erdgas ausgelegt ist. Die Baukosten betrugen 420 Millionen Schilling. Noch vor Fertigstellung des Blockkraftwerkes 5 wurde mit den Bauarbeiten am Block 6 begonnen. Im August 1967 fand die Gleichenfeier dieser vorläufig letzten Ausbaustufe des Simmeringer E-Werkes statt. Der Block 6 wird als Schnellstartblock ausgebildet und ebenfalls eine Öl- und Gasfeuerung erhalten. Die neue Anlage erhielt einen 200 Meter hohen Schornstein.

In Kaiser-Ebersdorf entstand in zweieinhalbjähriger Bauzeit ein neues Umspannwerk, das seit September 1967 weite Teile Simmerings und Vororte rechts der Donau mit Strom versorgt. Die neue Anlage mußte gebaut werden, weil das alte Simmeringer Umspannwerk nicht mehr ausreichte. Die Transformierung von 110 auf 20 Kilovolt, die erst eine weitere Verteilung des Stromes ermöglichen, erfolgt über vier Regelleistungsumspanner. Die Baukosten betrugen rund 60 Millionen Schilling.

Am Rande soll noch vermerkt werden, daß am 5. Juni 1968 die 150.000. Straßenlampe von Bürgermeister Bruno Marek eingeschaltet wurde; sie befindet sich im Börsepark.

Die Arbeiten an der neuen Zentralwäscherei in der Steinbruchgasse, Wien 14, über die schon berichtet wurde, wurden fortgesetzt. Es konnte mit der Anlieferung und der Montage der Maschinen begonnen werden. Die Anlage wird voraussichtlich im Frühjahr 1969 in Betrieb gehen.

Der erste Bauteil der Kläranlage Blumental in Wien-Inzersdorf wurde im Dezember 1967 fertiggestellt. Im Anschluß an die Rohbauarbeiten konnte mit dem Einbau der maschinellen Einrichtungen begonnen werden. Die Anlage wird voraussichtlich 1969 in Betrieb gehen.

Im April 1968 hat der Wiener Gemeinderat einen Grundsatzbeschluß über die Verwirklichung des 350-Millionen-Projektes der Hauptkläranlage Wien gefaßt. Sie wird im Bereich Kaiser-Ebersdorf am rechten Ufer des Donaukanals auf einer 38 Hektar großen Fläche errichtet werden. Die Anlage wird einen wichtigen Beitrag zur Reinhaltung der Donau im Raum Wien leisten. Es handelt sich dabei um eine mechanisch-biologische Anlage, die einen Reinigungseffekt von 70 Prozent erzielen soll. Der Bauzeitenplan sieht vor, daß nach drei Jahren eine Grobreinigung der Abwässer durch Siebung erfolgen kann und nach fünf Jahren die mechanische Reinigungsstufe wirksam wird. Die Gesamtbauzeit wird mit acht Jahren angenommen. Die Detailplanung wurde beschleunigt fortgesetzt.

Zum Abschluß noch ein kurzer Bericht über die Arbeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung: Im Sommer 1968 erfolgte der feierliche Durchschlag des "Schneealpenstollens", womit zur Einleitung der "Sieben Quellen" in die I. Wiener Hochquellenwasserleitung ein wesentlicher Schritt vorwärts getan wurde. Während der Bau des "Schneealpenstollens" noch im Gange war, wurde mit dem Vortrieb des "Scheiblingstollens" begonnen, der zusammen mit den beiden projektierten Stollen "Wetterring" und "Lärchenstein" der Überleitung der Pfannbauernquelle aus dem Hochschwabgebiet zum "Schneealpenstollen"dienen wird. Das Wasser der Pfannbauernquelle wird dann in einer Rohrleitung durch den Schneealpenstollen so wie die "Sieben Quellen" zur I. Wiener Hochquellenleitung geführt werden. Nach der Fertigstellung dieser beiden Großprojekte, was in etwa vier Jahren der Fall sein wird, ist die I. Wiener Hochquellenleitung voll ausgelastet. Eine weitere Steigerung der Wasseranlieferung kann dann nur mehr durch die geplante III. Wiener Wasserleitung erfolgen. Dieses Projekt sieht die Förderung von Grundwasser im Gebiet Ebreichsdorf vor. Die bereits seit Jahren andauernden Pumpversuche wurden auch 1967/1968 fortgesetzt. Sie zeigten ein zufriedenstellendes Ergebnis, so daß zu hoffen ist, daß die Oberste Wasserrechtsbehörde nun in Bälde den schon vor längerem eingereichten Wasserkonsens erteilen wird.

Nicht nur in den Quellgebieten des Wiener Wassers mußten zur Sicherstellung der Wasserversorgung eine Reihe von Arbeiten durchgeführt werden, sondern auch im Stadtgebiet selbst. So wurde die Erweiterung des Behälters am Laaer Berg von 23.000 Kubikmeter Fassungsraum auf 79.000 Kubikmeter und der Bau eines vierstufigen Hebewerkes projektiert. Durch diese Erweiterungsmaßnahme kann der gesamte in Wien zur Verfügung stehende und durch die ständige Verbrauchsteigerung immer knapper werdende Speicherraum um rund 8 Prozent erhöht werden. Der neue Behälter wird aus zwei Kammern bestehen, deren Grund-





## Heute für den Verkehr von morgen

planen und bauen

so lautet auch die Devise der Städtebauer und Verkehrsingenieure. Heute sind es nur 150 Millionen Kraftfahrzeuge, die die Straßen unserer Erde beanspruchen. Doch morgen?

Die Zuwachsrate beträgt jährlich 20 Millionen Kraftfahrzeugeinheiten.

Wie kann dieser Verkehr untergebracht werden? Neue Straßen werden gebaut, kreuzungsfreie Knoten geschaffen, Massenverkehrsmittel unter die Erde verlegt.

Aber nicht immer lassen sich straßenbauliche Maßnahmen durchführen. Die meisten unserer Städte, vornehmlich ihre Innenbezirke, bieten dafür zu wenig Platz; zu sehr würden sie durch wirkungsvolle Umbauten ihr Gesicht verlieren. Auch finanzielle Probleme werden dabei als unüberwindbares Hindernis auftreten.

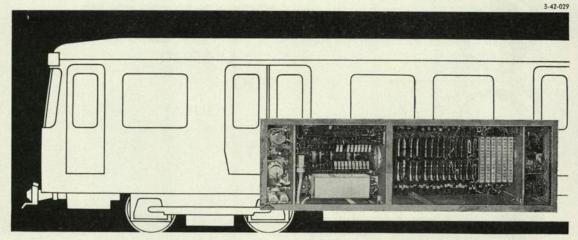
Es gilt also, den schon vorhändenen Verkehrsraum leistungsfähiger zu gestalten, d. h. die aktive Verkehrsfläche besser zu nutzen, wobei gleichzeitig das wichtigste Gebot, die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, in höchstem Maße erfüllt sein muß.

## WIENER SCHWACHSTROMWERKE GESELLSCHAFT M.B.H.

GENERALVERTRETUNG DER SIEMENS AG. FÜR ÖSTERREICH IM BEREICH SCHWACHSTROMTECHNIK



# Zuverlässige Technik für moderne U-Bahnen



Merkmale moderner U-Bahnen: große Beförderungskapazität bei gutem Fahrkomfort, hohe Reisegeschwindigkeit, wirtschaftliche Fahrweise, einfache Bedienung, geringe Wartung – und unbedingte Zuverlässigkeit. Das ist die eindeutige Forderung der Gegenwart.

Erreicht wird dieses Ziel am leichtesten von einer Technik, die mit dem Werden der U-Bahn organisch bis heute mitgewachsen ist. Die Siemens-Technik. Sie steht auf festem Fundament: auf der klassischen Technik, in Jahrzehnten erprobt und bewährt. Man denke an Budapest, Berlin, Hamburg, Athen, Buenos Aires, Lissabon.

Unsere leistungsstarken Fahrmotoren, die bei der Berliner U-Bahn 500000 km ohne Überholung bis zur Hauptrevision laufen, lieferten wir auch nach Paris. Man denke ferner an die bekannten Schütze, an die weit verbreiteten Überstrom-Selbstschalter, an unsere Bandwiderstände, an die problemfreien Umformer und sonstige Hilfseinrichtungen.

Die heute höchsten Antriebsleistungen werden von unseren Nockenschaltwerken mit den vielseitig bewährten

Doppelnockenschaltern beherrscht. Die fremderregte Bremse, eine Siemens-Entwicklung, setzt schnell und stoßfrei ein; sie hält die Bremskraft bis zum Stillstand konstant. Das Umschalten wird bewirkt durch die von Siemens eingeführte Aushebung der Nockenschalter für die Fahrschaltung; dies bei geringster mechanischer Beanspruchung, und in einer Zeit, wie man sie in der Schaltwerkstechnik kürzer nicht erreichen kann.

Und die Elektronik? Sie ist an allen jenen Stellen in die technische Gesamtkonzeption eingesetzt, wo sie überzeugende Vorteile bringt: im Schaltwerk und im Stromwächter. Thyristoren steuern verschleißfrei den schnellaufenden Motorantrieb des Schaltwerkes so, daß von Stufe zu Stufe innerhalb von 100 ms mit höchster Genauigkeit geschaltet wird. Siemens schuf mit seiner Feldplatte (magnetfeldabhängiger Widerstand) die ideale Regelmöglichkeit für die Fahrmotorenströme.

Beispiele für die technische Synthese aus "Klassik und Moderne" findet man in Berlin und München, deren U-Bahnen besonders im internationalen Blickpunkt stehen.

## **U-Bahntechnik von Siemens**

SIEMENS GESELLSCHAFT M.B.H.

WIEN, GRAZ, KLAGENFURT, LINZ, SALZBURG, INNSBRUCK, BREGENZ, EISENSTADT

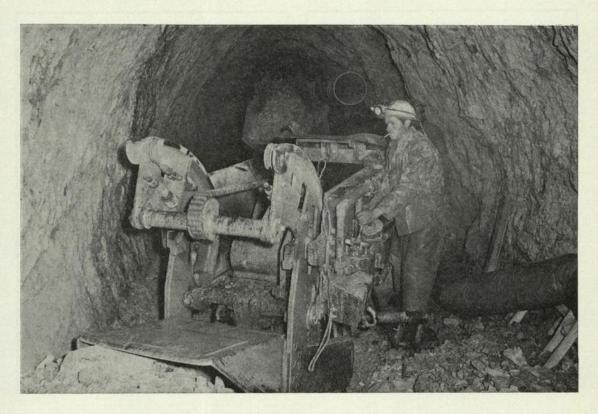
fläche 8630 Quadratmeter beträgt. Derzeit wird das Wasser für den Behälter von der I. Hochquellenleitung angeliefert, es ist aber auch eine Anspeisung vom Grundwasserwerk Lobau möglich. Später soll der Behälter ausschließlich von der geplanten III. Wiener Wasserleitung versorgt werden. Fünf verschiedene Druckzonen sollen von dem neuen Behälter gespeist werden - die Tiefstzone durch Gravitation, die vier übrigen Druckzonen über das geplante Hebewerk. Die vier Pumpensätze dieser Anlage werden für eine Spitzenleistung von 3000 Liter pro Sekunde ausgelegt. Um den Betrieb des Behälters während der Umbauarbeiten störungsfrei aufrechtzuerhalten, wurde bereits im April 1968 mit den entsprechenden Vorbereitungen begonnen.

Aus drei Gründen wird derzeit die sogenannte Ringleitung Süd gebaut: Es soll damit die Möglichkeit geschaffen werden, die zusätzliche Wassermenge der "Sieben Quellen" und der Pfannbauernquelle, die in wenigen Jahren von der I. Hochquellenleitung dem Behälter Rosenhügel zugeführt werden wird, rascher verteilen zu können. Zweitens soll damit die schon veraltete Verbindungsleitung vom Rosenhügel zum Behälter Laaer Berg entlastet werden, und drittens wird die Rohrleitung

in Zukunft auch die Aufgabe haben, das Wasser aus der III. Wiener Wasserleitung, die in den geplanten Behälter Unterlaa münden wird, im Stadtgebiet besser zu verteilen. Mit dem 1. Bauabschnitt der Ringleitung Süd, der eine Länge von rund 5 Kilometer hat, wurde Ende November 1967 begonnen.

Eine andere Ringleitung wird entlang der Donau verlegt. Ihre Aufgabe ist es, das Trinkwasser, das die an der Donau liegenden Grundwasserwerke liefern, zusammenzufassen und später mit der III. Wiener Wasserleitung eine Verbindung herzustellen. Außerdem werden neue Einspeisungspunkte in das bestehende Rohrnetz vorgesehen, so daß dessen Leistungsfähigkeit erhöht wird. Bis Juni 1968 wurden vom Bauabschnitt A, der sich von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke erstreckt, rund 60 Prozent fertiggestellt.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, daß nahezu bei allen Straßenumbauten und neubauten, insbesondere aber bei der Erschließung von neuen Wohngebieten umfangreiche Rohrlegungsarbeiten für die Wasserversorgung nötig waren. Darüber hinaus mußten zahlreiche Betriebseinrichtungen erneuert und erweitert werden.



## ASPHALT UNTERNEHMUNG RAIMUND GUCKLER

WIEN - NIEDERÖSTERREICH

1100 Wien X, Ludwig von Höhnel-Gasse 11—15 Telefon: 02 22/64 12 76 Serie 2444 Seibersdorf/Leitha, Tel. 0 22 55/20 5 97

ASPHALTIERUNGEN -- STRASSENBAU-SCHWARZDECKEN



Durament-Estrich-Gesellschaft
Sauer & Co.

1100 Wien X, Gudrunstraße 90

Frachtenbahnhof - Südbahnhof Telefon 64 23 02, 64 23 26

Fra 19/83



ZENTRALHEIZUNGEN — ULFEUERUNGEN GASHEIZUNGEN — SANITARE ANLAGEN

KARL JÄGER

1061 Wien Liniengasse 4 Tel. 57 65 69 5020 Salzburg

Jahnstraße 12 Tel. 73 5 90

Fra 37/83

BAU- UND MÖBELTISCHLEREI

## F. KRAMAR

1223 WIEN XXII, MOISSIGASSE 9 / 24 43 83

Ausführung von INNENRAUM-GESTALTUNG

Hotel, Gaststätten, Bautischlerarbeiten, Büro-Einzelmöbel, Fenster u. Türen, Fußböden

Scha 68/83

## Georg Mahlmeister

BAU- UND MÖBELTISCHLEREI

1200 WIEN XX, ENGERTHSTRASSE 136

Tel.: 33 35 76

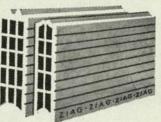
Scha 148/83

## ZIAG

#### ZIEGELINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

1., Renngasse 6 Postfach 60 A-1014 Wien Fernruf 63 55 08/09

Werk und Verkauf: 2 3 3 3 Leopoldsdorf Fernruf: [02 2 35] 328



ZWISCHEN-WAND-ZIEGEL

(TRENNWANDE) 6,5 und 10 cm Wandstärke

#### "FREWEN" HOHLBLOCK-ZIEGEL

25 und 30 cm Wandstärke

Verladezeiten: Montag bis Freitag 5 — 21 Uhr Samstag

Samstag 5 — 10 Uhr

Fra 39/83

## **DIE POST**

VON MENSCH ZUMENSCH

#### HERMANN SCHREIBER

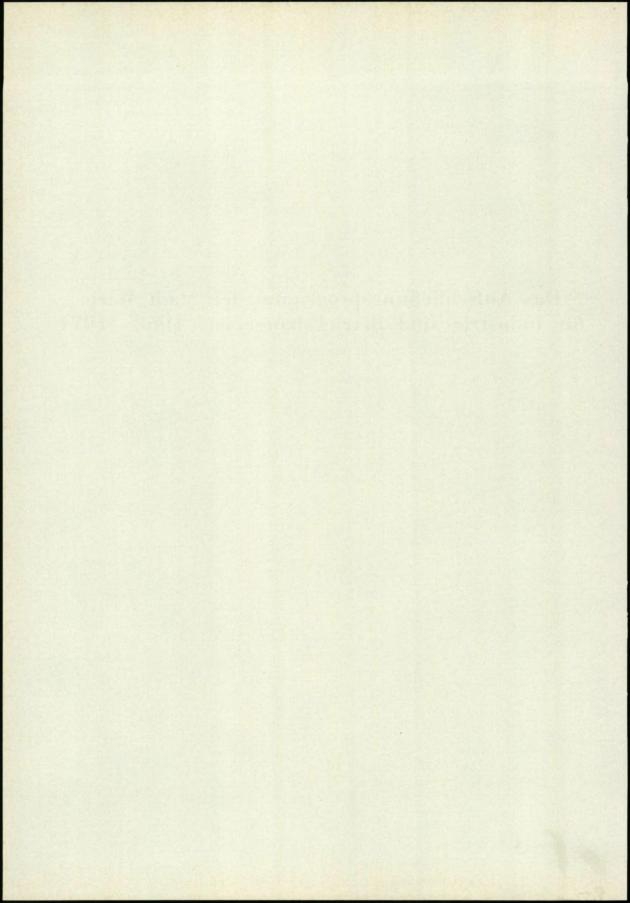
Ein Sachbuch über das Postwesen. Ein Führer durch die Jahrhunderte von der Antike bis heute. Ein spannendes Sonderkapitel der Geschichte. Wissensstoff für jung und alt. Eine ebenso seltene wie abenteuerliche Materie. 196 Seiten, zahlreiche bunte Abbildungen v. H. Lauth, Ln.

IN JEDER BUCHHANDLUNG!

Jugend & Volk Wien - München

# Das Aufschließungsprogramm der Stadt Wien für Industrie- und Betriebsbaugebiete 1968—1971

Dipl. oec. Ing. Stephan Orban



Die wirtschaftliche Entwicklung der westeuropäischen Industriestaaten vollzieht sich seit dem Zweiten Weltkrieg in zwei Phasen: in einer extensiven, in der das Wirtschaftswachstum von der Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte getragen wird und in einer intensiven, die durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet ist. Wien ist bereits Anfang der 60iger Jahre in den Übergang zu dieser zweiten Phase eingetreten und somit früher als die meisten europäischen Großstädte und industriellen Ballungsräume bzw. die anderen österreichischen Bundesländer. In der intensiven Entwicklungsphase erzielen immer weniger Wirtschaftszweige und Betriebe ein Wachstum durch die Aufnahme zusätzlicher Arbeitskräfte; für die meisten bleibt als Wachstumsreserve allein die Erhöhung der Produktivität pro Kopf. Die Voraussetzungen dafür sowie für die Stabilisierung der Produktivität auf einem hohen Niveau sind in den einzelnen Produktionszweigen und innerhalb der gleichen Sparte auch von Betrieb zu Betrieb verschieden und nicht generalisierbar. Als allgemeine Regel läßt sich lediglich ein Zusammenhang mit den betrieblichen Investitionen nachweisen, die als Rationalisierungsinvestitionen der Produktivitätserhöhung vorausgehen, bzw. durch den erzielten Betriebserfolg die Modernisierung und Erweiterung der Produktionsstätten in baulicher und maschineller Hinsicht ermöglichen.

Die Vorteile und Erfolge der erhöhten Arbeitsproduktivität und die von den betrieblichen Investitionen ausgehenden Wachstumsimpulse zur Stärkung der Wirtschaftskraft Wiens können nur dann langfristig gesichert werden, wenn entsprechende Flächen für die Erweiterung bzw. An- und Umsiedlung expandierender Betriebe zur Verfügung stehen.

Auch von der deutlichen Tendenz zur Betriebskonzentration, d. h. von der Verringerung der Zahl der Kleinbetriebe und der Zusammenfassung der Arbeitnehmer in Mittel- und Großbetrieben, gehen wichtige Wachstumsimpulse aus, da der größere Betrieb in der Regel rationeller arbeiten kann. Die Betriebskonzentration erhöht jedoch den Flächenbedarf je Betrieb und der empirisch nachweisbar steigende Betriebsflächenanteil je Arbeitnehmer erhöht den Flächenbedarf der Wirtschaft auch insgesamt.

Schließlich erhöht den Flächenbedarf des einzelnen Produktionsbetriebes auch die Veränderung der Fertigungstechnologie, die in immer mehr Sparten einen horizontalen Arbeitsfluß und dadurch die Errichtung neuer Betriebsobjekte im Flachbau erfordert.

Diese drei Faktoren des Wirtschaftswachstums, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Betriebskonzentration und der neuen Technologie angepaßte Betriebsneubauten, sind voneinander abhängig, bedingen sich gegenseitig und erfordern bedeutende Investitionen. Ihre gemeinsame Voraussetzung ist eine entsprechende Vorhaltung von geeigneten Flächen für die An- und Umsiedlung bzw. Betriebserweiterung. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund ist das Aufschließungsprogramm für neue Industrie- und Betriebsbaugebiete erstellt worden. Zur Auswahl standen 14 Teilgebiete, die von der Stadtplanung nach räumlichen Gesichtspunkten im Hinblick auf die langfristige Stadtentwicklung ausgewiesen und von den technischen Dienststellen auf ihren Aufschließungsbedarf sowie auf die Kostenfaktoren der Aufschließung untersucht worden sind. Sie sind in der Kartenskizze dargestellt.

### Die Kriterien der Auswahl und Reihung

Aus den von der Planung ausgewiesenen Flächen, die sich für Betriebsansiedlungen grundsätzlich eignen, galt es, nach einer Kombination von wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Kriterien die Auswahl für die erste Etappe der Aufschließung zu treffen und sodann eine Reihung für die Durchführung zu bestimmen.

Dabei waren maßgebend:

Die Lage in verschiedenen Stadtteilen, damit der Wirtschaft möglichst viele Alternativen für Standortentscheidungen angeboten werden können. Auf diese Weise wurde das Industriegebiet beiderseits der Scheydgasse im Norden des 21. Bezirkes, das Trabrennvereinsgelände im 22. Bezirk, das Gebiet nördlich der Perfektastraße im 23. Bezirk im Süden der Stadt und der Auhof bei der Westeinfahrt ausgewählt.

Die Grundeigentumsverhältnisse, da die Stadt Wien über die Aufschließung hinaus die Initiative zur tatsächlichen Besiedlung dort ergreifen kann, wo sie über möglichst viel eigenen Grundbesitz verfügt.

Das Vorhandensein von Anschlußpunkten an das bestehende öffentliche Straßen- bzw. Leitungsnetz, damit im Rahmen der Industrieaufschließung bloß Kapazitätserhöhungen und Ausbauten und nur im Ausnahmefall größere übergeordnete Aufschließungsmaßnahmen erfolgen müssen. Dies war auch im Hinblick auf die Gestaltung der Kosten und auf die Dauer der Aufschließungsarbeiten maßgebend.

Sofern übergeordnete Aufschließungsmaßnahmen, vor allem neue Sammelkanäle, erforderlich sind, war zu berücksichtigen, daß damit auch andere Flächen aufgeschlossen werden können, so daß die Industrieaufschließung zugleich den Impuls für die bauliche Entwicklung eines größeren Gebietes gibt.

Im allgemeinen war für die Auswahl und Reihung maßgebend, daß solche Flächen in das Aufschließungsprogramm aufgenommen werden, die innerhalb einer Zeitspanne von drei bis fünf Jahren schrittweise aufgeschlossen und der betrieblichen Besiedlung zugeführt werden können. Mitberücksichtigt wurde auch die Widmungssituation sowie die allenfalls erforderliche Freimachung der Aufschließungsflächen.

### Aufschließungsprogramm 1968/1971

Das konkrete Aufschließungsprogramm sieht in der ersten Etappe die Versorgung mit Kanal, Wasser, Strom, Gas und Straße für folgende Flächen vor:

Bezeichnung	Bruttofläche ha		I.	79	ier	tzte	Arbeitsplätze ca.	
	insges.	Stadt Wien	Aufschl	Netto- bauland	Baudauer	Geschätzte Kosten Mio. S	insges.	Stadt Wien
Scheydgasse	60,0	17,7	29,2	23,4	1968/71	70	7.000	4.000
Auhof (ohne Raststätte)	22,0	14,0	22,0	17,6	1969/70	40	5.300	3.400
Nördl. Perfekta- straße	48,0	10,0	48,0	38,4	1969/71	100	7.600	1.600
Trabrenngründe	22,0	22,0	22,0	17,6	1969/71	70	5.300	5.300
	152,0	63,7	121,2	107,0	1968/71	280	25.200	14.300

Die Schätzung der Aufschließungskosten erfolgte auf der Preisbasis vom Frühjahr 1968. Die Schätzung der Arbeitsplatzzahlen betrifft den Zustand des Vollausbaues bzw. der Vollbesiedlung und wurde auf Grund einer durchschnittlichen Arbeitsplatzzahl von 300/ha Nettobauland für das Gebiet Perfektastraße auf der Basis 200/ha Nettobauland errechnet. Erfahrungsgemäß besteht der größte Bedarf an Ansiedlungsflächen in Wien in dieser Betriebsgrößenordnung, bzw. wird durch Anoder Umsiedlung eine Betriebsgröße angestrebt, die den obigen Durchschnittswerten entspricht.

Besondere Gesichtspunkte der Aufschließung in den einzelnen Gebieten

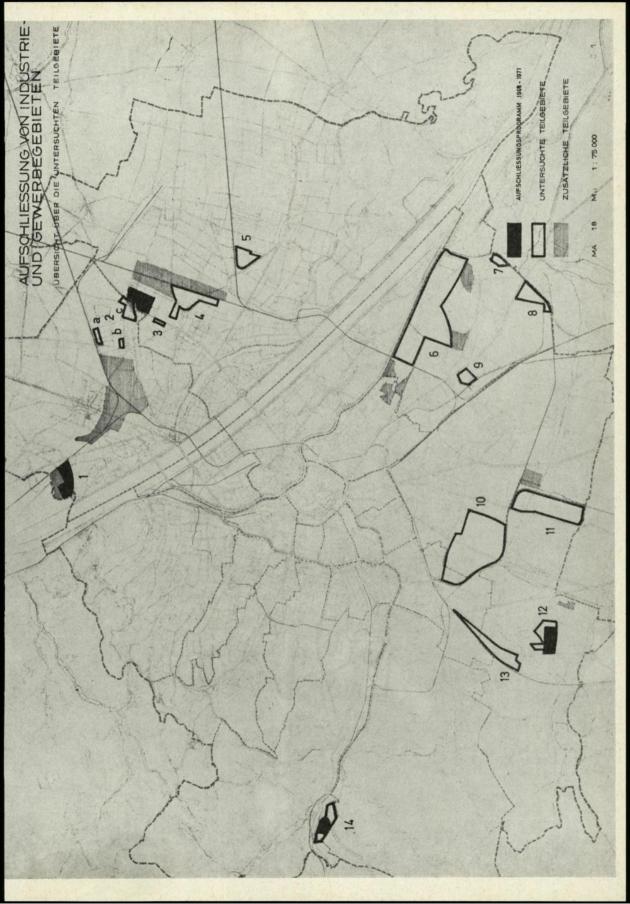
Entsprechend ihrer Lage und der Struktur des Einzugsgebietes unterscheiden sich die einzelnen Aufschließungsflächen voneinander in einer Reihe von Punkten, wodurch auch die Durchführung der Aufschließungsarbeiten verschiedenartig erfolgen wird.

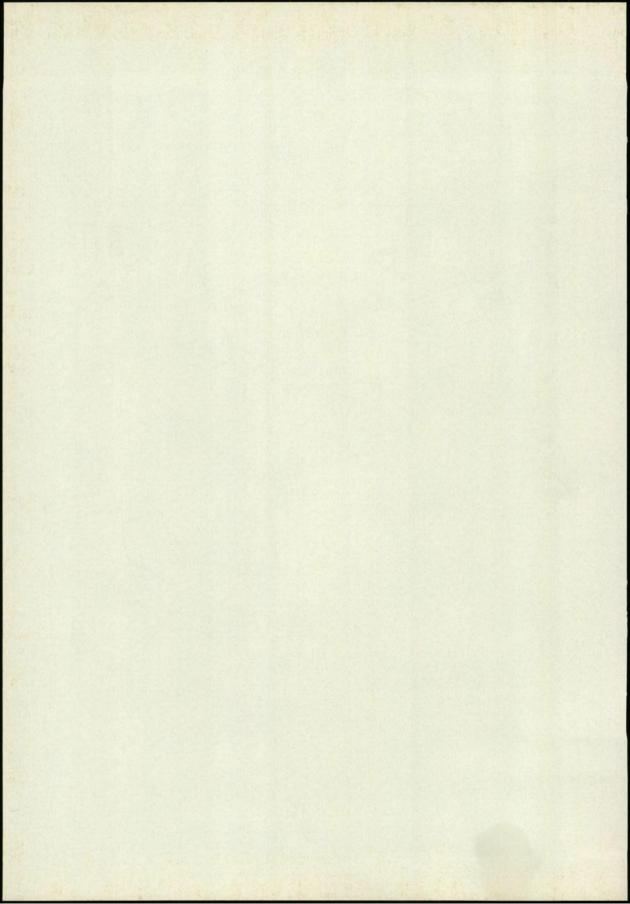
Im Industriegebiet beiderseits der Scheydgasse handelt es sich um eine Fläche von insgesamt 60 ha, wovon 14,8 ha bereits aufgeschlossen sind. Bis 1971 werden hier 29,2 ha aufgeschlossen, wovon 11,5 ha im Privatbesitz mehrerer Grundstückseigentümer —

zum Teil Betriebsinhaber — sind. Die Aufschießung, insbesondere die Entwässerung, ist so dimensioniert, daß zu einem späteren Zeitpunkt auch weitere Teile dieses Areals angeschlossen werden können. Im Rahmen dieses Aufschließungsprojektes wird ein neuer Sammelkanal durch die Schwarzlackenau gelegt, wodurch das an den projektierten Marchfeldkanal südlich angrenzende Gebiet wesentlich aufgewertet wird.

Im Falle des Trabrennvereinsgeländes handelt es sich um eine Kombination von Betriebsbebauung und Wohnbebauung in der Weise, daß die nördliche Hälfte für Betriebe, die südliche Hälfte für Wohnbauten gewidmet wird. Begonnen wird mit der Aufschließung des Betriebsbaugebietes, die Dimensionen werden jedoch von vornherein auch auf die künftige Wohnbebauung abgestimmt.

Die Entwässerung des gesamten Gebietes erfordert auch hier den Bau eines neuen Hauptsammlers, der aber in seiner Weiterführung auch andere große Flächen des 22. Bezirkes entwässern bzw. bestehende Kanäle entlasten wird. Die Planung und Aufschließung des Trabrennvereinsgeländes ist ein Modellfall für die Koordinierung der Errichtung von Wohnungen und Arbeitsstätten im Rahmen ein und desselben Projektes.





Durch die Aufschließung des Industriegebietes nördlich der Perfektastraße wird das bestehende Industriezentrum Liesing ausgeweitet und abgerundet, bzw. die weitere Entwicklung und der Vollausbau des gesamten Gebietes beschleunigt.

Der Auhof schließlich ist zufolge seiner Lage unmittelbar an der Westeinfahrt als eines der wertvollsten Betriebsbaugebiete zu betrachten. Von den in das Aufschließungsprogramm einbezogenen 22 ha sind derzeit schon 7,5 ha (im Privatbesitz) mit Betrieben besiedelt oder stehen knapp vor der Besiedelung. Auch hier handelt es sich um die Erweiterung und Abrundung eines bereits bestehenden

Betriebsbaugebietes, das sich durch seine Verkehrslage besonders auszeichnet. Durch die Aufschließung wird hier vor allem das Problem der Wasserversorgung gelöst, was bisher einen rascheren Fortschritt in der betrieblichen Nutzung behindert hat.

Insgesamt werden somit zwischen 1968 und 1971 im Rahmen der ersten Etappe des Aufschließungsprogrammes 121,2 ha Bruttobetriebsflächen geschaffen, wovon mehr als 50 Prozent im Besitz der Stadt Wien sind. Das gesamte Nettobauland, das damit der Ansiedlung von Betrieben zur Verfügung stehen wird, beträgt 107 ha und ist für die Schaffung von mehr als 25 000 Arbeitsplätzen geeignet.

# der aufbau

## Fachschrift für Planen, Bauen und Wohnen Herausgegeben vom Stadtbauamt Wien

Die Erscheinungsformen der Welt um uns verändern sich schneller denn je zuvor; die industrielle Gesellschaft sucht nach Formen, die ihr adäquat sind: im Städtebau, bei Wohnen und Freizeit, für ihre Automobile.

Niemand kann mit Gewißheit sagen, eine bestimmte Architektur entspräche unserer Zeit. Wir können ihre Koinzidenzen mit Funktionen feststellen, mit Freude oder mit Unbehagen das Antlitz von Bauten in uns aufnehmen oder ablehnen, mit Skepsis versuchen, das "Geschmackige" bis auf den Geschmack zu verfolgen, der oft bitterer ist als die süße Haut vermuten ließ.

Der "aufbau", die Fachzeitschrift des Wiener Stadtbauamtes, hat seine Leser seit nahezu zwei Jahrzehnten über die Entwicklung der baulichen Gestaltung in aller Welt unterrichtet. Er bleibt der von ihm verfolgten Linie auch am Beginn des dritten Jahrzehntes seines Bestandes treu: mit Wahrhaftigkeit über Fragen der Planung, des Bauens und Wohnens in Wien und in aller Welt zu informieren.

Die Fragen des Städtebaues und der Architektur mit ihren zutiefst in Gesellschaft und Politik reichenden Problemen werden in ihm ebensobehandelt wie die formalen, funktionellen und technischen Seiten des Planens und Bauens.

VERLAG FÜR JUGEND UND VOLK WIEN - MÜNCHEN